

Pensions-Experte Bernd Marin schlägt Alarm: Nur mit Hilfe einer Pensionistensteue das System langfristig zu finanzieren. Die Alten müssten Solidarität mit den Jungen

„DRAMATISCHE SCHIEFLAGEN“

VON PATRICIA HALLER

Der Kampf um die Verteilung des Wohlstands zwischen den Generationen gewinnt weiter an Brisanz.

Pensionsexperte Bernd Marin, Leiter des Europäischen Instituts für Sozialforschung, forderte gestern bei den Alpbacher Reformgesprächen eine Pensionistensteuer für besser gestellte Ruheständler. Marins Begründung: In den kommenden Jahren müssen die Jungen mit großen Änderungen im Sozialstaat rechnen. Nur mit einem Beitrag der Älteren könne der Generationenvertrag gesichert werden.

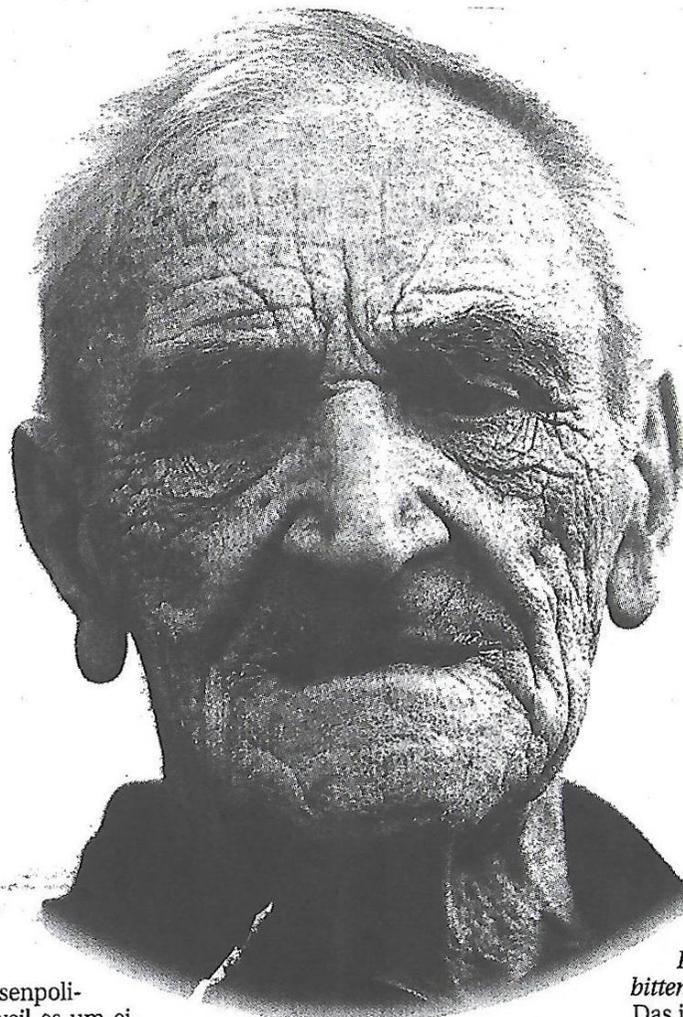
Damit unterstützt der Sozialforscher Forderungen von SPÖ, Junger ÖVP und Grünen, die zum Teil seit Monaten einen Solidarbeitrag der Senioren (für jene, die mehr als die ASVG-Höchst Pension haben) verlangen. Beamte, vor allem solche im

KURIER: Herr Professor, Sie sind jetzt 55, was haben die Generationen vor Ihnen für Sie aufbereitet?

MARIN: Unglaublich viel in Ausbildung, Sicherheit, Know-how, Infrastruktur.

Welche Leistung sollten für die Jungen erbracht werden?

Die Frage ist, ob wir den nachkommenden Generationen gleich viele Chancen weiter geben, wie wir selbst bekommen haben. Jeder zweite Euro im Sozialsystem geht in die Pensionen. In diesem wichtigsten Teil aller Sozialausgaben bestehen dramatische Schieflagen zwischen den 30-Jährigen und den



teressenpolitik, weil es um einen Verteilungskampf geht.

Bedeutet das, dass die politischen Verantwortlichen in den letzten Jahrzehnten nur Lobbypolitik umgesetzt haben?

Angleichung der Beamten an die Privatwirtschaft oder das Versäumnis, Durchrechnungsregelung bei Landesbeamten, einzuführen. Man

Sie würden also bestehende Pensionisten zur Kasse bitten?

Das ist die selbstverständlichste Sache der Welt. Die jetzigen Pensionisten haben zum Teil Konditionen, die die derzeit Aktiven niemals er-



ERWIN WODICKA

IMAGO (2)



Wird der Generationenvertrag aufgekündigt? Die Pensionen der Älteren fallen den Jüngeren zunehmend zur Last



STILENT PRESS

Die derzeitigen Pensionisten zur Kasse zu bitten, ist für Sozialforscher Bernd Marin „die selbstverständlichste Sache der Welt“



ROLAND MÜHLINGER

Landesdienst, seien im Gegensatz zu „durchaus hochqualifizierten Beschäftigten der Privatwirtschaft“ privilegiert. Solidarität sei rasch gefordert, „weil sich der, der Privilegien hat, von denen, die ihm das zahlen, keine Solidarität erwarten kann“. Marins Beispiel: Nach wie vor gingen Landesbeamte mit „100 Prozent des Aktivbezuges in Pension“.

Der Experte plädiert im Gespräch mit dem KURIER für ein Ende der Lobbypolitik, die in den letzten Jahrzehnten zu zwei Klassen im Pensionssystem geführt habe.

◆◆

über 50-Jährigen. Die Jungen werden eine Welt vorfinden, die um vieles schlechter sein wird als die, die ich vorgefunden habe. Da muss man einen Ausgleich schaffen. Die Generationen-Solidarität gehört auf die Tagesordnung.

In der Politik scheint lediglich der Begriff der Solidarität strapaziert zu werden.

Das stimmt, es klingt gut für Sonntagsreden, spielt in der Alltagspolitik aber keine Rolle. Worte und Taten klaffen erschreckend auseinander.

Woran liegt das?
Es geht um Lobby- und In-

Ja, natürlich. Ein Beispiel: In fast allen Bereichen, in denen es um Generationenausgleich geht, hat man Übergangsbestimmungen geschaffen. Beispiele sind die

hat Übergangsbestimmungen geschaffen, sodass ein Jahrzehnt überhaupt nichts passiert und ab dem Jahr 2020, 2025 verschärft es sich dramatisch.

Bevölkerung nach Altersgruppen

▶ Angaben in Millionen (gerundet) 2000 Prognose 2020

| | 0 bis 14 Jahre | 15 bis 29 Jahre | 30 bis 49 Jahre | 50 bis 64 Jahre | 65 bis über 90 J. | Einwohner GESAMT |
|------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-------------------|------------------|
| Österreich | 2000: 1,4 | 1,5 | 2,5 | 1,4 | 1,3 | 8,1 |
| | 2020: 1,1 | 1,3 | 2,1 | 1,9 | 1,7 | 8,1 |
| Deutschl. | 2000: 12,8 | 14,2 | 26,2 | 15,6 | 13,2 | 82,0 |
| | 2020: 9,5 | 12,4 | 20,1 | 19,5 | 17,0 | 78,5 |
| EU-15 | 2000: 63,8 | 73,9 | 112,3 | 65,8 | 60,9 | 376,7 |
| | 2020: 56,9 | 64,6 | 99,4 | 83,0 | 79,0 | 383,0 |

KURIER Grafik: Breineder.

Quelle: Eurostat

warten können. Die Pensionsteile, die über der Höchstbeitragsgrundlage liegen und nicht durch Beiträge gedeckt sind, würde ich besteuern. Den Jungen würde ich jetzt einen Ausgleich über die Steuerreform zukommen lassen.

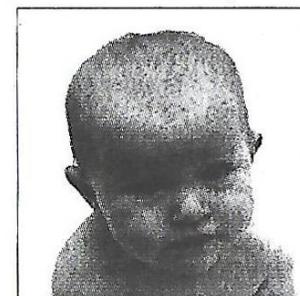
Welche Aufgabe hätte dabei die Gewerkschaft?

Die sollte aufhören, die Vertreter der privilegiertesten Gruppen zu sein. Das fällt ihnen schwer, weil viele Funktionäre Verzicht üben müssten. Dort gibt es Pensionen, die das Neun- bis Elfache von den Pensionen der Gewerkschaftsmitglieder betragen.

▶ INTERNET
www.euro.centre.org



SVLENT PRESS



JORG CHRISTANDL

KURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR ÖSTERREICH

PENSIONISTEN-STEUER GEFORDERT

Beitrag der Älteren muss den Generationenvertrag sichern, sagt der Sozialforscher Marin. **SEITE 3**

REAKTIONEN

WIFO warnt vor einem Verteilungskampf

Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl schlug in Alpbach unter Assistenz von WIFO-Chef Helmut Kramer Alarm.

Ab 2010 werde die Zahl der Erwerbsbevölkerung sinken. „Das bedeutet, dass der Zuwachs bei den Wachstumsraten um ein Drittel geringer ist“, warnte Kramer. Ohne Gegenmaßnahmen, deren Weichen bis 2010 gestellt werden müssten, drohe langfristig ein Verteilungskampf bzw. „wird der Sozialstaat lückenhafter“.

Leitl und Kramer halten die Probleme durch die demografische Entwicklung für lösbar. Es brauche eine „Altersstrategie“ mit langfristigen Ziel. Damit könne man die Wertschöpfung erhöhen.

Leitl will mit folgenden Schwerpunkten gegensteuern.

▶ Innovation; bessere Ausbildung für heute 15-Jährige, Nach-

qualifizierungsprogramme für über 40-Jährige. Bei dieser Gruppe will Leitl für Arbeitgeber und -nehmer die Lohnnebenkosten um einen Prozentpunkt senken, wenn der Beschäftigte alle fünf Jahre zur Gesundenuntersuchung geht.

▶ Ausbau der Kinderbetreuung, um mehr Frauen in Beschäftigung zu bringen.

▶ Länger Arbeiten, in Form eines „Korridors“ vom 60. bis zum 70. Lebensjahr – wer früher in Pension geht, soll hohe Abschläge in Kauf nehmen müssen (Bonus für jene, die lange arbeiten).

Während Leitl die Pensionistensteuer ablehnt, meinte Vizekanzler Herbert Haupt (FPÖ), es müsse in „der Sozialversicherung oder bei den Banken einiges durchforstet werden“. Es stellten sich allerdings verfassungsrechtli-

che Probleme. Bei der Harmonisierung der Pensionssysteme sei nun Kanzler Wolfgang Schüssel am Zug.

Angetan von Marin zeigte sich die SPÖ. Seine Vorschläge entsprechen dem SPÖ-Plan für einen Solidarbeitrag für Höchstpensionen, meinte Geschäftsführerin Doris Bures.

Grünen-Sozialsprecher Karl Öllinger findet den Begriff „Pensionistensteuer“ problematisch, weil er Angst erzeugt.

Der Chef des ÖVP-Seniorenbundes, Stefan Knafel, wetterte, dass die Pensionisten schon bei den letzten Reformen zur Kasse gebeten worden sind.

Für ÖVP-Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat macht die Pensionssteuer keinen Sinn. Es gebe bereits Angleichsregelungen, die in diese Richtung gingen.